Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Entwicklung der deutschen Erwerbslosenfürsorge und ihre notwendige Gestaltung.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde.

Einer Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Rudolph Herrmann

aus Sangerhausen.

Referent: **Dr. G. Aubin**, ordentlicher Professor an der Universität Halle a. S.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Auszug.

A.

Begriff und Entstehung der Arbeitslosigkeit.

Unverschuldete Arbeitslosigkeit infolge von Absatzstockungen als Folge der Entwickelung kapitalistischer Verkehrswirtschaft. Bevölkerungszunahme und Binnenwanderung als weitere Ursachen der Arbeitslosigkeit.

B.

I. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Durch

1. präventive Maßnahmen:

   Organisation von Industrie-Kartellen, gegen deren zwangsweise Einführung jedoch Bedenken bestehen.

2. repressive Maßnahmen:

   a) **Verminderung der Arbeitslosen.**

   Anregung Sysmondis zur Gründung von Unternehmer-Genossenschaften zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

   a¹) Die Ansiedelung auf dem flachen Lande, ihre Bedeutung seither und ihre Unzulänglichkeit für nachhaltige Abhilfe.

   a²) Die Organisation des Arbeitsmarktes. Gestaltung des Arbeitsnachweiswesens als präventive und der Schaffung

Diss. Halle 1921.

von Arbeitsgelegenheit als repressive Wirkung. Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des öffentlichen und privaten Arbeitsnachweises. Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Notstandsarbeiten und Verschiebung bereits gegebener Arbeitsgelegenheit sowie durch Arbeiterverschiebung zwecks Freimachung von Arbeitsstellen.

b) **Gewährung von Unterstützung ohne Entgelt.**

b¹) Die Armenpflege.
Arbeitsleistung als Voraussetzung der Armenunterstützung für arbeitsfähige Arbeitslose. Ausgestaltung der Armenpflege in neuerer Zeit zur Erwerbslosenfürsorge. Voraussetzung für deren Gewährung. Die Höhe der Unterstützung, ihre Organisation und Handhabung.

b²) Die Arbeitslosenversicherung.
Aufbringung der Mittel, Berücksichtigung der verschiedenen Berufsrisiken. Die Notwendigkeit der Organisation durch Staat, Gemeinden und Selbsthilfsorganisationen. (Berner und Genter System).

II. Entwicklung der deutschen Erwerbslosenfürsorge.

1. Vor dem Kriege.

a) Die Arbeitsnachweise.
Autoritative Regelung seit 1894. Die Unübersichtlichkeit des freien Arbeitsmarktes. Die gewerbsmäßige Stellenvermittelung, Ausbau nichtgewerbsmäßiger Nachweise: öffentliche und fürsorglich gemeinnützig private, einseitig und paritätisch zusammengesetzte Interessentennachweise und solche sozial-karitativer Vereine. Gliederung des Arbeitsnachweiswesens in Deutschland mit zeichnerischer Darstellung.

b) Die Arbeitsbeschaffung und -Verschiebung.
Mangel entsprechender Einrichtung. Systematische Organisation durch einzelne Städte; in Preußen seit 1900 Sicherstellung der Beschäftigung der Industrie. In Bayern 1901, in den anderen Bundesstaaten anschließend ähnliche Maßnahmen.

c) Die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützung ohne Gegenleistung.
Die Berufsorganisation als Träger seit 1875. Tätigkeit der freien Gewerkschaften. — Durchführung des Berner und Genter Systems in verschiedenen Gemeinden.

2. Im Kriege.

Zunächst katastrophale Absatzstockung. Empfindlicher Mangel der Arbeitslosenstatistik, deren Notwendigkeit und Einrichtung.

a) Ausbau der Arbeitsnachweise.
Schaffung der „Reichszentrale der Arbeitsnachweise“, der Zentralauskunftsstellen, des Arbeitsmarktanzeigers und öffent-

licher unparteiischer Arbeitsnachweise in Gemeinden seit Juni 1916.

b) Streckung der Arbeitsmenge.
Verkürzung der Arbeitszeit, Einstellung möglichst vieler Arbeiter.

c) Unterstützung durch Bargeld und Sachleistungen.
Anfängliche Überlastung der Gewerkschaften als alleinige Träger der Unterstützungstätigkeit mangels staatlicher Organisation.

d) Die Erwerbslosenfürsorge.

d[1]) Die Organisation der Fürsorge.
Bewilligung von 200 Millionen Mark für Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden durch das Reich, ferner durch die einzelnen Bundesstaaten. — Voraussetzungen dafür, Höhe der Unterstützung. — Verschiedene Durchführung in den Bundesstaaten und größeren Städten. — Die Frage der Aufbringung der erforderlichen Mittel.

d[2]) Besondere Maßnahmen für einzelne Industrien.
Regelung der Arbeitszeit in der Bekleidungsindustrie durch den Bundesrat im April 1916. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie. Besondere Verhältnisse in der Tabakindustrie.

3. Nach dem Kriege.

Überfluten des Arbeitsmarktes durch die Massen Entlassener. Errichtung eines wirtschaftlichen Demobilmachungsamtes. Leichtere Bedingungen für die Handhabung der Erwerbslosenfürsorge durch Verordnungen des Rates der Volksbeauftragten.

a) Beschaffung von Arbeitsgelegenheit:

a[1]) Organisation der Arbeiterverschiebung.
Bedeutung und Wirkung der Verordnungen des Demobilmachungsamtes über Freimachung von Arbeitstellen.

a[2]) Förderung öffentlicher Notstandsarbeiten.
Gewährung von Zuschüssen und deren Wirkung auf die Bautätigkeit.

b) Die Erwerbslosen-Geldunterstützung.
Mehrmalige Änderung der Verordnung vom 13. November 1918, Träger der Fürsorge, Voraussetzungen für sie, Art der Durchführung. Berücksichtigung der sozialen Versicherung in neuerer Zeit und weiterer Ausbau. Statistische Betrachtungen über die Zahl unterstützter Erwerbsloser.

c) Die produktive Eewerbslosenfürsorge.

c[1]) Schaffung von Arbeitsgelegenheit.
Art und Durchführung von Notstandsarbeiten. Gewährung von Darlehn und Zuschüssen.

c²) Ausbau der Arbeitsvermittlung.
Errichtung des Reichsamts für Arbeitsvermittlung, seine Organisation und Aufgaben. Bedeutung eines Arbeitsnachweisgesetzes, Organisation und Tätigkeit der Arbeitsämter.

III. Die notwendige Gestaltung.

a) Allgemeines.
Kriegsindustrie und Kriegsende. Folgen weitgehender Erwerbslosenunterstützung. Notwendigkeit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

b) Kritik des Arbeitsnachweiswesens.
Bedeutung des Zeitungsinserates, Beurteilung der Zwangsarbeitsnachweise.

c) Kritik der bestehenden Fürsorgeorganisationen.
Notwendige Gestaltung der Arbeitsbeschaffung. (Frage, der Siedelung, Umstellung der Krafterzeugung, Arbeitsverschiebung.)

C.

Die Gefahr der Arbeitslosigkeit für die künftige Gestaltung.

Notwendigkeit der Gütervermehrung und Aussichten dafür. Bildung eines einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsgebietes in Angliederung an den Völkerbund. Die Gestaltung der Kohlenproduktion, Abbau der Papiergeldwirtschaft. Die Frage der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkte. Aussichten der Verminderung der Arbeitslosenzahl durch Organisation der Auswanderung. — Die Internationale Regelung des Arbeitsmarktes. (Bedeutung internationalen Arbeitsrechtes im Friedensvertrage; Erfordernis weiteren Ausbaues für erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.)

Anhang:

Zeichnerische Darstellungen:

Nr. 1. Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden von 1910 bis 1920.
Nr. 2. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise von 1915 bis 1920.
Nr. 3. Prozentuales Verhältnis der Arbeitsgesuche zu den offenen Stellen in den wichtigsten Berufszweigen in den Jahren 1917 bis 1920.
Nr. 4. Die Erwerbslosigkeit im Reiche im Jahre 1920.
Nr. 5. Die unterstützten Erwerbslosen im Reiche und einzelnen Ländern auf je 1000 Einwohner 1920. (Nach dem Reichsarbeitsblatt.)

Druck von Gebauer-Schwetschke G. m. b. H., Halle a. S.